

Antrag 214/I/2025**Abteilung 03/15 Kollwitzplatz****Der Landesparteitag möge beschließen:****Unterstützung der Kinder- und Jugendpsychiatrie**

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 2 Die Berliner SPD fordert die sozialdemokratischen Mit-
- 3 glieder des Senats und des Abgeordnetenhauses auf, sich
- 4 bei Aufstellung des Krankenhausplans 2026 dafür einzu-
- 5 setzen, dass im Fachgebiet Kinder- und Jugendpsychiatrie
- 6 dem erhöhten Bedarf entsprechend zusätzliche stationäre/teilstationäre Behandlungsplätze ausgewiesen und
- 7 Ausnahmen von der regionalen Pflichtversorgung gere-
- 8 gelt werden.
- 9 Für eine geeignete organisatorische Lösung zur Ver-
- 10 mittlung freier jugendpsychiatrischer Plätze sind digitale
- 11 Möglichkeiten bzw. die Einrichtung einer Servicestelle zu
- 12 prüfen.
- 13 Begründung
- 14 Für die Krankenhauspläne der Länder und die jeweili-
- 15 gen notwendigen Kapazitätsanpassungen der ausgewie-
- 16 senen Behandlungsplätze auch in der stationären psychi-
- 17 atrischen Versorgung ist bundesrechtlich eine Bedarfs-
- 18 analyse und -prognose vorgeschrieben. Auf dieser Grund-
- 19 lage gibt in Berlin der Landespsychiatriebeirat zum jewei-
- 20 ligen Krankenhausplan seine fachlichen Empfehlungen ab
- 21 und weist zugleich auf jeweils aktuelle Entwicklungsnot-
- 22 wendigkeiten hin, um das psychiatrische Versorgungssys-
- 23 tem fachlich und ökonomisch zukunfts- und leistungsfä-
- 24 hig zu halten. Dem entsprechend hatte der aktuelle Kran-
- 25 kenhausplan in dem Fachgebiet der Kinder- und Jugend-
- 26 psychiatrie bereits 72 zusätzliche stationäre/teilstationä-
- 27 re Behandlungsplätze aufgenommen. Soweit der Landes-
- 28 psychiatriebeirat aktuell einen erhöhten Bedarf feststel-
- 29 len sollte, ist mit einer Empfehlung für die entsprechende
- 30 Kapazitätserhöhung im Krankenhausplan 2026 zu rech-
- 31 nen, die unterstützt werden sollte.
- 32 Im Rahmen der auch für die Kinder- und Jugendpsychia-
- 33 trie geltenden regionalen Pflichtversorgung können freie
- 34 jugendpsychiatrische Kapazitäten zu den Bedarfszeit-
- 35 punkten in anderen Bezirken häufig nicht in Anspruch ge-
- 36 nommen werden. Aufgrund dessen und aufgrund des all-
- 37 gemein hohen Bedarfs an psychiatrischen Angeboten für
- 38 Kinder und Jugendliche kommt es dabei oft zu hohen War-
- 39 tezeiten, die für alle Beteiligten kaum tragbar sind. Des-
- 40 halb sollte für das Fachgebiet der Kinder- und Jugend-
- 41 psychiatrie bei Aufstellung des Krankenhausplans 2026
- 42 die Möglichkeit einer Ausnahmeregelung von der regio-
- 43 nalen Pflichtversorgung geprüft und gegebenenfalls be-
- 44 rücksichtigt werden, um eine Zuweisung auch in andere
- 45 Bezirke zu ermöglichen.
- 46 Damit sich eine überbezirkliche Öffnung der regionalen
- 47 Pflichtversorgung in der Zuweisungspraxis der Kinder-
- 48

Empfehlung der Antragskommission
zurückgestellt auf 15.11.**LPT I-2025: Überwiesen an ASG, FA IX – Gesundheit, Sozia-**
les und Verbraucherschutz**Stellungnahme ASG: Wir vortieren als ASG Berlin für An-**
nahme**Stellungnahme FA Gesundheit:**

Wir haben den Antrag im Fachausschuss beraten und wür-

den ihn in der vorliegenden Fassung zur Ablehnung emp-

fehlen.

Da wir aber inhaltlich die Zielrichtung des Antrages befür-

worten, bieten wir den Antragstellenden an unsere Exper-

tise zu nutzen einen präziseren Antrag zu formulieren, der

dann auch zielführend ist.

und Jugendpsychiatrischen Dienste effektiv auswirken kann, sollte geprüft werden, ob bzw. wie die digitale Erfassung und Vermittlung freier Psychiatrieplätze in der Kinder- und Jugendpsychiatrie möglich ist und ob gegebenenfalls eine überbezirkliche Servicestelle die Zuweisung der Bezirke unterstützen könnte.

Begründung

Grundsätzlich besteht bei psychischen Erkrankungen für Patient:innen eine freie Krankenhauswahl. Grundlage für ihre Unterbringung ist das Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG). Für nicht volljährige Psychiatrie-Patient:innen in Berlin liegt die Zuständigkeit (§§ 15 ff PsychKG) bei den Kinder- und Jugend- bzw. Sozialpsychiatrischen Diensten der Bezirke. Bei einer von ihnen nicht als „gegenwärtig und erheblich“ eingeschätzten Gefährdung jener Patient:innen weisen die o.g. Gesundheitsdienste nur innerhalb ihrer jeweiligen Bezirke zu. Aufgrund des allgemein hohen Bedarfs an psychiatrischen Angeboten kommt es dabei oft zu hohen Wartezeiten. Unter diesen Umständen ist es nicht ausgeschlossen, dass die o. g. Gefährdungseinschätzung mehr mit Blick auf zum Zeitpunkt fehlenden bezirklichen Psychiatrieplätze und weniger auf die individuelle Situation der betroffenen Kinder und Jugendlichen erfolgt. Freie jugendpsychiatrische Kapazitäten zu den Bedarfszeitpunkten in anderen Bezirken werden nicht in Anspruch genommen. Da der hohe Bedarf nach jugendpsychiatrischer Betreuung auf absehbare Zeit anhalten wird, ist eine kapazitätsorientierte überbezirkliche Öffnung der Zuweisungspraxis der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienste notwendig. Dazu sollen organisatorische Maßnahmen zur digitalen Erfassung und Vermittlung freier Psychiatrieplätze oder die Einrichtung einer überbezirklichen Servicestelle geprüft werden und ggfs. entsprechende rechtliche Regelungen getroffen werden.